Polizei aus dem Streikgebiet heraus!

Severings blutige Hand in Oberschlesien — SPD-Bürokratie als Hilfstruppe
Verstärkt den Proteststurm!

Berlin, 9. Januar. (Eig. Drahtmeldung.)

Im Kampf gegen den Polizeiterror, der alles bei Streiks bisher Dagewesene an viehischer Brutalität übertrifft, steht die Streikfront der 8 Schächte in Oberschlesien unerschütterlich. Die Gewerkschaftsbürokratie vermindert sich nicht zum durch Streikbrecheraufrufe mit den mörderischen Schutzpolizisten, sondern organisiert direkt den Streikbruch. Trotz dem soeben gestern große Straßendemonstrationen statt, in denen die Kumpels ihren entschlossenen Willen zur Fortführung des Streiks bekundeten.

Wie im Ruhrgebiet haben die Polizeiautos, Flitzer, Ueberfall- und Lastkraftwagen in den Arbeitervierteln in bestialischer Weise gegen die Streikposten gewütet. Ganze Straßenzüge vor den Gruben und Zechen sind von schwerbewaffneter Schupo besetzt. Sozialdemokratische Redakteure, Partei- und Gewerkschaftssekretäre stehen vor den Grubentoren gemeinsam mit der Polizei, den Stahlhelmführern und Zechenbeamten, um den Streikbruch zu organisieren. Sie denunzieren den Schupo alle revolutionären Arbeiter. Die verbrecherische Gewerkschaftsbürokratie allen Deutschlands hat gegen die Streikfront mobilisiert und einen Aufruf in vielen kapitalistischen Zeitungen erlassen, in dem sie eine niederträchtige Hetze beginnt gegen „landfremde Elemente", die nach Oberschlesien kommen, um den politischen Massenstreik zu inszenieren.

Auf der Straße und in den Betrieben wurden die Arbeiter von der Schupo in den Zwangskrähen zur Zeche hineingetrieben, brutalst geknüppelt, mit den Gummiknüppeln bis in die Waschkaue hineingeprügelt und dann mit vorgehaltenen Pistolen zum Anziehen und zur Arbeitsaufnahme gezwungen.

Die gesamte deutsche Arbeiterschaft muß die heldenhaft kämpfende Bergarbeiterschaft in Oberschlesien im Kampf für alle Errungenschaften selbständig unterstützen. Ueberall muß in Betrieben, Gewerkschaften und auf den Straßen gleichzeitig der Ruf der millionenfachen proletarischen Einheitsfront erschallen: **Heraus mit der Polizei aus dem Streikgebiet! Nieder mit dem Polizeiterror der Lohnräuber und ihrer Helfershelfer! Alle Kräfte für die Solidarität, für Sammlungen, für den Sieg der streikenden Bergarbeiter!**

Ruhrbergarbeiter rüsten zum Roten Bergarbeiterverband

Essen, 9. Januar. (Eig. Drahtmeldung.)

Sechzehn Zechen stehen noch die Zechen Neumühl, Bechemerwerth, Westfalen 1/2, de Wendel, Lohberg und Thyssen 3/7. Auf Thyssen 4/8 wurde heute die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die Zechenverwaltung auf ein Ultimatum der Belegschaft zugesichert hatte, keinerlei Maßregelungen vorzunehmen. Wie aus einem bei Redaktionsschluß bekannt werdenden Aufruf der zentralen Streikleitung zu ersehen ist, werden die Belegschaften, angesichts des ungeheuren Streikbruches der Gewerkschaftsbürokratie und des brutalen Polizeiterrors, aufgefordert, geschlossen in die Betriebe zurückzukehren, um gemeinsam mit der gesamten Ruhrbergarbeiterschaft die zweite Streikwelle für den Augenblick der Fällung des Lohnraubschiedsspruches vorzubereiten.

Nicht Kampfabbruch, sondern Kampfunterbrechung zur Formierung eines neuen und noch stärkeren Angriffs in wenigen Tagen, so lauten die Beschlüsse der Belegschaften. Zahlreiche Belegschaftsversammlungen haben den Streik als Antwort auf den Lohnraubschiedsspruch beschlossen. In den nächsten zwei Tagen finden mehr als 100 Belegschaftsversammlungen des Ruhrgebietes statt. Sie dienen der Vorbereitung einer Konferenz zur Gründung eines Roten Bergarbeiterverbandes zum kommenden Sonntag, der Verstärkung der proletarischen Einheitsfront, der Erweiterung der bestehenden Kampfausschüsse und der Entfachung der neuen Streikwelle.

Polizei erschlägt Streikhelfer

Düsseldorf, den 7. Januar.

12. Remscheider Metallbetriebe stehen im Streik gegen den Lohnraub. Die Streikwelle hat auch die Gesinger Metallbetriebe erfaßt. Hier in Gesingen herrscht ein englischer Polizeiterror.

Als gegen 6.30 Uhr eine Gruppe Arbeiter durch den Stadtteil Mangenberg zog und im Sprechchor auf die von der Kommunistischen Partei einberufene Einheitsstreikbetriebsversammlung aufmerksam machte, erschien plötzlich an einer Straßenecke ein Polizeistreifen, dessen Besatzung unter dem Ruf abdrang:

„Los, ihr Schweine, wir machen euch das Brüllen austreiben!"

und sofort brutal auf die Demonstranten losschlug. Die Arbeiter wichen in eine Nebenstraße zurück, und als sie sich wieder sammelten, fanden sie den Genossen Wilms, Bezirksleiter der Arbeiterschützer des Bezirks Niederrhein, tot auf der Straße liegen.

Hitlers Streikbrecherbraut

Mit jedem Tag deutlicher entlarven sich die nationalsozialistischen Kapitalsdiener als das schändlichste Streikbrechergesindel, das man sich vorstellen kann. Ihr Verhalten im Ruhrkampf war vom ersten Tage nichts anderes, als das Verhalten von Unternehmer ausgehaltener fürstlicher Streikbrecher. Heute veröffentlicht der „Völkische Beobachter" einen Leitartikel: „Sturmzeichen", in dem es heißt:

„Der Kommunismus im Ruhrgebiet ist zunächst abgeflaut. Da es sich jetzt überall um „wilde" Kampfstreiks handelte, war eine geplante Machtprobe auch nicht vorherzusehen, nicht zu erwarten. Dem Tatsächlich, daß die Streikgefahr der Machtübernahme.

Bei diesem Anlaß sind einige grundsätzliche Bemerkungen am Platze. Für uns Nationalsozialisten ist der Streik an sich kein Ausdruck einer auf gesunder Grundlage sich vollziehenden Wirtschaftskampfführung. Der Streik ist vielmehr die typische Folge der liberalistischen Gesellschaftsordnung, die uns heutige Wirtschaftsnot gebracht hat."

Diese Sätze dürften klarer auch noch deutlicher werden. Noch weniger bilden sich gegen die „Marxistischen Kampforganisationen" gegen die Massenstreiks der RGO:

„Die Abwehr ungerechtfertigter Streiks waren nicht einmal ein Streik gegen die Gefängnisbrecher, sondern nur die Pflicht einer Gefolgschaft einiger gutbezahlter Gewerkschaftsführer."

Das ist deutlich genug. Die Arbeiter werden sich diese Worte merken und sie den nationalsozialistischen Kapitalsdienern in die Ohren schreien. Alle Massen die Nationalsozialisten auch anderen, besonders die Streikbrecher. Niemand beachtet die Interessen der Arbeiterschaft mehr als diese Kapitalsdiener.

Den Arbeitern aber, die heute noch den nationalsozialistischen Schalmeien nachlaufen, werden jetzt Karbolsäure der Realität zu kosten geben.

Weitere Delegierte zum Kampfkongreß

Die Gewerkschaften von Meiderich wählten zwei Delegierte zum Kampfkongreß gegen Hungerlohn. Ebenso wählten die Gewerkschaften von Walsum einen Delegierten.

Ferner wurde noch eine von der RGO einberufene gewerkschaftliche Versammlung im Saalbau Hamborn, in der die Kollegen mit einem neuen abwarten, einstimmig Delegierte wählten. Gewerkschaftsleiter Hamborn, ein Kampfkongreß gegen Hungerlohn. Die wählten 3 Kumpels, ein Erwerbslosen auch einen Kollegen, die diesen Kampfkongreß einberufen wurde. 20 Betriebsräte für die RGO und den Kampfbund gegen Hungerlohn wurde der Einzig dieser Betriebsrat.

Restlose Vernichtung der Arbeitslosenversicherung

Dietrichs Plan wird durchgeführt — Arbeitsdienstpflicht und Millionen für die Kapitalisten — SPD hilft bei der Durchführung

Die „Sanierungsvorschläge" sollen mit Hilfe von Notverordnungen für die nächsten Tage die großen Wirtschaftsverbände, besonders auch die Gewerkschaften, zu einer Besprechung über die Frage der Arbeitsdienstpflicht zu sich eingeladen hat. Das „Kuratorium für Arbeitsdienstpflicht" unterbreitet einen Gesetzentwurf, der nur eine Frage offen läßt, wann nämlich der Termin des Inkrafttretens bestimmt werden soll. Dieser wird voraussichtlich zwischen Mitte April praktische empfohlen, da vor diesem die notwendigen Bau- für Durchführung eines Arbeitsdienstes für Jugendliche, der Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften gleichermaßen verpflichtet sollen werden."

Und sind die Ausführungen des Leiters des Reichsarbeitsnachweises Dietrich auf der Demobilmachungstagung in Stuttgart. Seine Forderung, die 2 Milliarden Mark, die bisher jährlich für Notstandsarbeiten ausgegeben wurden, zur „Aufschließung des Wirtschaftsgebietes" zu benutzen, daß den Arbeitslosen der Lohn sind Arbeitszeugnisse ausstellen, um solche den Unternehmern Mißbrauchsmöglichkeiten zu geben, soll demnächst in die Tat umgesetzt werden.

Um Klarheit über den Sinn der Ausführungen von Dietrich zu bringen, stellen wir folgendes fest: Jede neue Arbeit soll zusätzlich, darf also nicht den geltenden Lohn und sonstigen Arbeitsbedingungen, besonders als ersten mit einem Recht zum Streikbruch, sondern der Durchführung der Zwangsarbeit besonders für jugendliche Arbeitslose.

Schon in den Notstandsarbeiten Brünings wurden nicht Zwangsarbeit für Erwerbslose eingeführt. Die Durchführung von Notstandsarbeiten in die öffentlichen Etatsjahr, wo sie nun für gewöhnlichen Notstandsarbeiten im Monat gegründet werden sollen, ist schon von der Brüningregierung der Sozialdemokraten Braun befürwortet worden.

Diese Einführung der Zwangsarbeit entspricht einer alten nationalsozialistischen Forderung. Brüning und Treviranus wollen diese Maßnahmen verwirklichen.

Das „Tagebuch", das Organ Stegerwalds, schlägt sich ganz offen zum Programm Dietrichs, daß der Staat (also nicht der wirtschaftliche Staat) die Arbeit finanzieren und Gewinne daraus beziehen soll. Das ist grundsätzlich Verrücktheit, es stammt vom Staat, von dem ordnenden Prinzip.

Die Staat, der Gemeinschaft, sich gemeinsam, sich widersetzen, sich gegeben, aber es ist Pflicht gemeinschaftlich, sich nur gebildet, daß die Gemeinschaft eine sein Prinzip gemeinsam verbindlich haben.

Es ist klares sozialreaktionäres Ziel der Regierung, die Arbeitslosenversicherung zu einer Fürsorge zu machen, die nur noch Almosen gewährt, die Arbeitslosen zu Arbeitssklaven zu machen, sie zu Lohnsklaven zu machen, um sie dann für die Kapitalisten noch profitabler ausbeuten zu können.

Und wie soll das alles finanziert werden? Dietrich hat sich darüber ausgeschwiegen. Aber es ist klar, daß die Kapitalisten, die Hauptnutznießer der Arbeitsdienstpflicht, auch die Hauptlasten tragen müssen. Aber nicht daran denken sie. Sie wollen Millionen für sich, Millionen für die Arbeitslosen, Millionen für die Arbeitsdienstpflicht, Millionen für die Aufrüstung, Millionen für die Ostsiedlung, Millionen für die Subventionierung der Großagrarier, Millionen für die Bankenkrise, Millionen für die Industrie, Millionen für die Kapitalisten, Millionen für die Kapitalisten, Millionen für die Kapitalisten.

Und wo sollen diese Millionen herkommen? Aus den Taschen der Arbeiter, der Angestellten, der Beamten, der Rentner, der Kleinbürger, der Bauern, der Handwerker, der Intellektuellen, der Studenten, der Hausfrauen, der Kinder, der Alten, der Kranken, der Invaliden, der Witwen, der Waisen, der Obdachlosen, der Hungernden, der Frierenden, der Verzweifelnden, der Selbstmörder, der Verhungerten, der Erfrorenen, der Erschossenen, der Erschlagenen, der Ermordeten.

Und wer hilft bei dieser Durchführung? Die SPD. Sie hat sich bereits bereit erklärt, bei der Durchführung dieses Millionenraubes an den Erwerbslosen mitzuwirken. Der „Vorwärts" schreibt: „Man wird zu den Regierungsplänen, wie schon anfangs bemerkt, erst dann abschließend Stellung nehmen können, wenn sie in Einzelheiten und begründet vorliegen."

So hilft die SPD-Führerschaft das faschistische Hungerprogramm gegen die werktätigen Massen verwirklichen!

Die sozialreaktionären Absichten, die durch diese Notstandsarbeit an den Erwerbslosen, durch die Einführung der Zwangsarbeit, die gleichzeitig Lohnraub bedeutet, durchgeführt werden wie alle anderen Proletarier, müssen in gemeinsamer Front aller Arbeiter gegen die Hetze der faschistischen Massen, gegen Terror und Gewalt, gegen die SPD-Arbeiterverräter, die Brüning stützt, wie gegen die Brüning-Diktatur selbst den Kampf führen.

Fast 4,5 Millionen Arbeitslose

Berlin, 8. Januar.

In den letzten Tagen des Dezember ist die Zahl der Arbeitslosen im Reich auf 4 487 000 um sich eine halbe Million gestiegen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger beträgt zurzeit 3 130 000. In der Krisenfürsorge werden es 45 000 und 1 000 000 bis 2 Millionen Arbeitslose mehr sein. Die Zahl der Gesamtarbeitslosen beträgt somit 5 Millionen. Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben einen größeren Umfang angenommen als im Winter vorigen Jahres.

550000 in Sachsen

Das Amt für Arbeitsvermittlung über die Gewerkschaftslage in Sachsen gibt ein anschauliches Bild von der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der unterstützten Hauptempfänger stieg um 11,2 Prozent auf 414 000. Die der mitunterstützten um 9,5 Prozent auf 136 000. Die Gesamtzahl der Gesamtarbeitslosen beträgt somit 550 000. Die Gesamtzahl der Gesamtarbeitslosigkeit der vorigen Jahres um 20,6 Prozent.

Die Zunahme in den einzelnen Industriegruppen betrug: Metall in der Textilindustrie um 11 000, in der Bekleidungsindustrie um 2000, in den Nahrungsmittelbetrieben usw. Die Zahl der ehemaligen Gewerbegehilfen betrug 40 000, die der Bergleute 10 000. Die Zahl der Jugend- und Kurzarbeitslosen beträgt 141 127 und weist um etwa 8 Prozent [illegible] auf. Die Gesamtzahl der Gehilfen hat zugenommen.

Heraus zum Massen-Aufmarsch morgen 17.30 Weißenburgstraße

SLUB
Wir führen Wissen.